

Land fördert private Solarspeicher

Fünf Millionen Euro stellt das rheinland-pfälzische Umweltministerium für ein neues Programm zum Klimaschutz bereit. Privathaushalte und Kommunen, die zusätzlich zu einer neuen Solaranlage einen Stromspeicher kaufen, werden unterstützt.

VON KARIN DAUSCHER

MAINZ. Umweltministerin Ulrike Höfken (Grüne) gibt am heutigen Mittwoch bei einer Fachveranstaltung zur Photovoltaik (PV) in Mainz den Startschuss für die Solaroffensive der rheinland-pfälzischen Landesregierung. Das teilte das Ministerium vorab mit. Die Offensive richtet sich an Privathaushalte, aber auch an Kommunen, die neue Photovoltaikanlagen zusammen mit Batteriespeichern zum Beispiel an Schulen installieren wollen.

Der Eigenstrom kann dann auch nachts und bei Regen genutzt werden. „Wir verfolgen klare Ziele, nämlich in Rheinland-Pfalz bis zum Jahr 2030 eine vollständige Stromversorgung aus Erneuerbaren Energien bei gleichzeitigem umweltgerechtem Ausbau zu erreichen“, sagte Höfken gegenüber der RHEINPFALZ. Langfristig soll die Solarenergie nach ihren Worten etwa ein Viertel der Stromerzeugung im Land decken.

Privatpersonen erhalten 100 Euro pro Kilowattstunde (kWh) Speicherleistung, maximal jedoch 1000 Euro. Die Höchstförderung für kommunale Anlagen beträgt 10.000 Euro. Wer von dem Landesgeld profitieren will, muss zusätzlich tief in die Tasche

greifen. Eine PV-Anlage auf dem Dach eines Wohnhauses mit einer Leistung von sechs Kilowatt peak (kWp) ist ab 6500 Euro zu haben, schreibt die Zeitschrift „Test“. Ein Batteriespeicher mit sechs kWh kostet nach Ministeriumsangaben zwischen 3000 und 6000 Euro. Die Förderung würde 600 Euro betragen.

Anträge können bei der Energieagentur Rheinland-Pfalz gestellt werden. Es gibt aber viele Vorbedingungen: Der Kauf oder Einbau darf laut Ministerium nicht vor der Bewilligung erfolgen. Die neue, an das Verteilnetz angeschlossene Solaranlage muss mindestens fünf Kilowatt peak (kWp) Leistung aufweisen. Für Kommunen liegt die Mindestleistung bei zehn kWp. Analog muss der Speicher im Privathaushalt mindestens fünf kWh und bei Kommunen zehn kWh Leistung haben. Wer schon eine Anlage auf dem Dach hat und nachträglich einen Batteriespeicher kaufen will, geht leer aus.

Beratung bieten laut Ministerium die Energieagentur, die Verbraucherszentrale und der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) an. Eine Begleitforschung über die Wirksamkeit des Förderprogramms übernimmt den Angaben nach die Transferstelle Bingen (TSB).



Wer sich zur neuen Solaranlage einen Batteriespeicher kauft, kann Geld vom Land erhalten. FOTO: DPA

In den vergangenen beiden Jahren hatte das Umweltministerium schon einmal ein Programm für Privathaushalte aufgelegt. Das „1000-Öfen-Programm“ sollte zur Verminderung von Schadstoffen bei Holzöfen beitragen. Mit einer Fördersumme von 640.000 Euro wurden nach Angaben des Ministeriums in dieser Zeit 1413 alte Öfen gegen neue ausgetauscht.

Die Alternative zur Nutzung des Eigenstroms ist die Einspeisung ins Netz. Das galt wegen des sogenannten Solardeckels zuletzt als riskant. Er sieht vor, dass die Förderung von Solarstrom nach dem Erneuerbare Energiengesetz (EEG) eingestellt wird, sobald die bundesweit installierte Leistung 52 Gigawatt überschreitet. Diese Grenze ist nach Angaben des Bundesverbands Solarwirtschaft bald erreicht. Wenn das jüngst von der Bundesregierung vorgestellte Klimapaket verabschiedet wird, fällt dieser Solardeckel jedoch weg.

Die Förderung für Solarstrom sinkt seit Jahren, weil die Anlagen immer preiswerter werden. Wer im Oktober 2019 eine Dachanlage auf einem Wohnhaus mit zehn Kilowattstunden Leistung installiert, erhält laut Bundesnetzagentur für die nächsten 20 Jahre pro erzeugter Kilowattstunde 10,18 Cent.